

BECAUSE WE ARE YOUR FRIENDS.

Impressum

Bundesvorstand Rote Hilfe e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen

Tel.: +49 (0)551 - 7 70 80 08
Fax: +49 (0)551 - 7 70 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de

Rote Hilfe e.V. | Ortsgruppe Dresden
Rudolf-Leonhard-Straße 39
01097 Dresden
dresden@rote-hilfe.de



ORGANIZING
SOLIDARITY
FOR ACTIVISTS
SINCE 1921

ZINE
MAI

ROTE
HILFE
DRESDEN



Die Rote Hilfe e. V. ist eine strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation, welche Menschen unterstützt, die von staatlicher Repression betroffen sind.

Dabei sind unter anderem antirassistische, antifaschistische und antisexistische Haltungen und der Kampf um ein selbstbestimmtes Leben die wesentlichen Grundlagen für unsere Arbeit.

Wir bieten jeden Dienstag eine Sprechstunde zur Beratung in Rechtsfragen an, vermitteln euch gegebenenfalls Anwäl_tinnen und begleiten politische Prozesse.

Solltet ihr von Repression betroffen sein, so gilt zunächst immer eines: Ruhe bewahren! Achtung: Formaljuristische Fristen laufen ab! Es zählt das Datum der postalischen Zustellung, auch wenn ihr im Urlaub o. ä. seid. Deshalb rechtzeitig Einspruch einlegen und/oder bei der Roten Hilfe melden!

Die wichtigsten Voraussetzungen für unsere Arbeit gegen staatliche Repression sind:

- Keine Aussagen. Nehmt euer Recht auf Aussageverweigerung wahr.
- Keine Zeug_innen benennen. Wir verraten keine Freund_innen.
- Keine Zusammenarbeit mit der Polizei und Staatsanwaltschaft.

www.rotehilfedresden.noblogs.org

dresden@rote-hilfe.de

Sprechstunde:
jeden Dienstag ab 19 Uhr
AZ Conni
Rudolf-Leonard-Straße 39
01097 Dresden



Kontakt: Rote Hilfe e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255, 37022 Göttingen
Tel.: 0551 / 770 80 08, Fax: 0551 / 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

V. i. S. d. P.: H. Lange, Postfach 3255, 37022 Göttingen, E.i.S.

Beitrittserklärung ★ R o t e H i l f e e. V.

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e.V.
 außerdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert.
 Ich möchte regelmäßig den E-Mail-Newsletter erhalten.
 Ich zahle per Dauerauftrag auf das Konto der Roten Hilfe e.V. mit dem Betreff *Mitgliedsbeitrag*
 Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. wird, jederzeit widerruflich, ermächtigt, die Beitragszahlungen für das (Neu-)Mitglied von dem nebenstehend angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das genannte Kreditinstitut angewiesen, die von der Roten Hilfe e.V. auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von 8 Wochen, beginnend ab dem Belastungsdatum, kann die/der KontoinhaberIn die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem angegebenen Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu Lasten der/des KontoinhaberIn und können ebenfalls von dem genannten Konto abgebucht werden.

Ich zahle einen **Mindestbeitrag** von jährlich 90,- € | anderer Betrag
 halbjährlich 45,- € | anderer Betrag
 vierteljährlich 22,50 € | anderer Betrag
 monatlich 7,50 € | anderer Betrag
Ich zahle einen **Solibeitrag** von jährlich 120,- € monatlich 10,- €

Der Normalbeitrag beträgt 7,50 € / Monat, der ermäßigte Mindestbeitrag (für SchülerInnen, Erwerbslose usw.) 3,- €

- Ich bin schon Mitglied und ändere meinen Beitrag auf
 Ich bin schon Mitglied und ändere meine Adresse, Kontakt- oder Kontodaten wie unten

Vorname und Name Mitglied/Neumitglied

Straße und Hausnummer

PLZ, Wohnort

Telefonnummer

e-mail (wird ausschließlich vereinsintern verwendet)

Name und Ort des Kreditinstituts BIC

IBAN

Datum und Unterschrift Mitglied/Neumitglied

Rote Hilfe e.V., Bundesvorstand, Postfach 3255, 37022 Göttingen
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE49ZZ00000318799
Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt

inhalt

Pressemitteilung zum Anschlag auf die Landeszentrale für politische Bildung. Rote Hilfe OG Dresden.....	1
Erneut Toter in Bruchsaal. Thomas Meyer-Falk.....	2
Todesermittlungen in Sicherungsverwahrung. Thomas Meyer-Falk.....	3
Razzia gegen tschechische Aktivisten_innen. Veröffentlicht auf linksunten.indymedia.org.....	4
Schriftliches Interview mit Oliver Rast. Gefangenen-Info 390.....	6
Mai 2015: 6. Update – Nichtfreilassug. Marco Camenisch, Bostadel.....	8

Pressemitteilung zum Anschlag auf die

Landeszentrale für politische Bildung. Rote Hilfe OG Dresden

Nach Informationen des sächsischen Innenministeriums wurde in der Nacht von 25.03. zum 26.03.2015 ein Angriff mit stumpfen Gegenständen und Farbbeuteln auf die Landeszentrale für politische Bildung verübt. In der gleichen Nacht erfolgte eine wohl „routinemässige“ Fahrradkontrolle in einem anderen Stadtteil Dresdens.

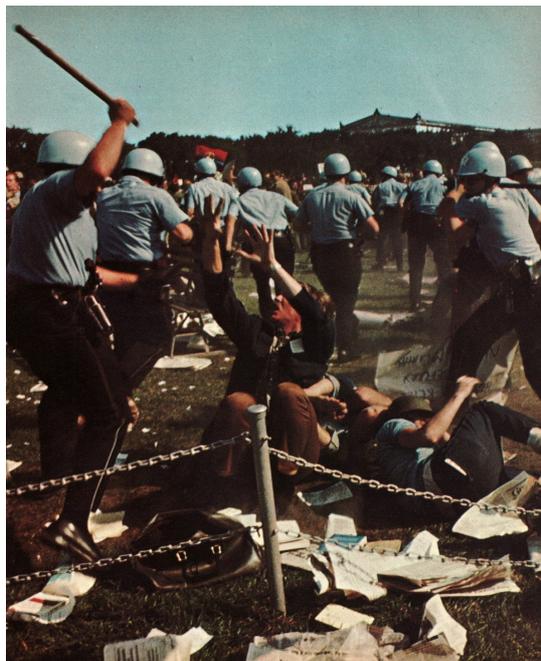
Zur Sache.

Der Betroffene wurde gegen etwa 2:40 Uhr von einer Polizeistreife aufgegriffen, welche ihn nach der Kontrolle der Fahrradrahmennummer und seiner Taschen ohne weiteres gehen ließ. Am nächsten Tag gegen 15 Uhr tauchten drei Beamte – nach Eigenaussage – des Landeskriminalamts in der Wohnung des Betroffenen auf. Nach dem Vorzeigen des Durchsuchungsbeschluss verschafften sich die Beamten Zugang zur Wohnung und begannen mit einer mehrstündigen Durchsuchung. Besonderes interessiert zeigten sich die Polizist*innen, an Plakaten und Postkarten mit vermeintlichem 'linkspolitischem' Hintergrund. Im Durchsuchungsbeschluss selbst werden allgemein als dunkel bis schwarz beschriebene Kleidungsstücke genannt, die wohl in irgendeiner Art und Weise in das Raster des sächsischen LKA's passen. Zusätzlich wurde der Betroffene, unter Androhung unbestimmter Konsequenzen, mehrfach aufgefordert, ein Geständnis abzulegen. Im Anschluss wurde der

Beschuldigte mit auf die Wache genommen, musste seine DNA abgeben und eine umfassende Erkennungsdienstliche Behandlung über sich ergehen lassen.

Die Anwendung von Hausdurchsuchungen als Maßnahme zur Durchleuchtung von linken Personenzusammenhängen ist in Dresden im Zusammenhang mit den §129 Ermittlungen der letzten Jahren umfassend bekannt geworden. Das LKA unternimmt solche Hausbesuche anscheinend schon bei minimalem Anfangsverdacht, solange nur irgendein Zusammenhang zu linken Bewegungen besteht. Zur Erinnerung, der Beschuldigte wurde mit einem

Zeitunterschied von fast einer Stunde zum verübten Angriff kontrolliert! Des Weiteren ist die Abnahme der DNA als intimste Information des Menschen keinesfalls akzeptabel. Mehrere Fälle des letzten Jahres zeugen



vom gestiegenen Interesse der Verfolgungsbehörden an dieser Information. Das Experimentieren mit dieser Maßnahme seitens der Polizei, kann nur als Vorbereitung für spätere Massnahmen gedeutet werden.

Schlussendlich bleibt uns die Frage, welche Sorglosigkeit oder sogar Eifer sächsische Richter*innen dazu treibt, derartige Durchsuchungsbeschlüsse innerhalb kürzester Zeit zu unterzeichnen. Wir die Ortsgruppe Dresden der Roten Hilfe e.V. wenden uns entschieden gegen diese neuerlichen Angriffe der sächsischen Ermittlungsbehörden auf linke Personen und Strukturen!

Getroffen hat es wenige, gemeint sind wir alle!

Erneut toter Gefangener in Bruchsaal. Thomas Meyer-Falk

Seit im Herbst 2014 in der JVA Bruchsal ein Gefangener verhungerte

<http://community.beck.de/gruppen/forum/neuigkeiten-ber-hungertod-eines-gefangenen>,

berichtet die Presse, auch überregional, wenn dort erneut ein Insasse stirbt.

Wie steht es um die gesundheitliche Situation von Inhaftierten? Darum, wie um den weiteren Todesfall soll es im Folgenden gehen:

Erneuter Todesfall in der JVA Bruchsal

Wie die FAZ am 10.04.2015 (a.a.O., Seite 6) berichtete, sei am 08.04.2015 morgens um 6.05 Uhr ein 22 Jahre alter Gefangener in der JVA Bruchsal tot aufgefunden worden. Nach einem Bericht der Badischen Zeitung (BZ) aus Freiburg (10.04.2015) habe der Gefangene Methadon im Blut gehabt, obwohl er nicht an einem entsprechenden Methadonprogramm teilgenommen habe. FDP-Landtagsfraktionschef Rülke wird mit den Worten zitiert, der Justizminister (SPD) schaffe es offensichtlich nicht, die Missstände im Bruchsaler Gefängnis in den Griff zu bekommen.

Ein Insasse der JVA Bruchsal behauptet, der nun verstorbene Gefangene habe sich kurz vor seinem Tod an ihn gewandt, um ein Testament aufzusetzen; des weiteren sei der Verstorbene von anderen Häftlingen, wie auch vom Personal gemobbt und drangsaliert worden. Die BZ berichtete in ihrem oben erwähnten Artikel davon, der Verstorbene habe 2012 in der Jugendstrafanstalt Adelsheim eine Beamtin schwer verletzt, weshalb er in eine andere Haftanstalt verlegt worden sei.

Gesundheitsfürsorge in Gefängnissen.

Von Gefangenen gibt es immer wieder Kritik an der ärztlichen und/oder psychologischen Betreuung innerhalb der Haftanstalten. Exemplarisch kann auf den Besuchsbericht des 'Europäischen Ausschusses zur

Verhütung von Folter und unmenschlicher Behandlung oder Strafe' (CPT) vom 24.07.2014 verwiesen werde. Der CPT hatte sich speziell der Situation in der Sicherungsverwahrung angenommen und „eine Reihe von Mängeln aufgezeigt, die Anlass zu besonderer Besorgnis geben“ (a.a.O., AZ. CPT/Inf (2014) 23, Seite 16). Gerügt wurde u.a. eine unzureichende personelle Ausstattung mit Ärzten, die fehlende Möglichkeit, sich vertraulich an einen Anstaltsarzt wenden zu können, sowie ein Fehlen von ausreichend qualifizierten PsychologInnen.

Alles nur Einzelfälle?

An dieser Stelle sei auf das Schicksal zweier Freiburger Sicherungsverwahrter etwas ausführlicher eingegangen.

Franz, wie er an dieser Stelle heißen soll, leidet an einer Lernbehinderung, sowie einer psychotischen Störung (vgl. Besuchsbericht des CPT, a.a.O., Seite 16). Seinen Haftraum lässt er konsequent vermüllen und würde nicht der Mitverwahrte G. ihm wöchentlich die Zelle grundreinigen, aber auch die Wäsche zu- und einteilen, er wäre gänzlich sich selbst überlassen.

Gelegentlich sieht man ihn auf dem Flur oder Freizeitraum, wie er vor sich hin lacht und spricht, Atemübungen macht, um dann zurück in die Zelle zu gehen. Dort redet er, oft über Stunden lautstark mit sich selbst, macht Tiergeräusche nach oder singt. Sozialarbeiterin A. behauptet, man kümmere sich nach Kräften um Franz; aus Sicht der Verwahrten jedoch überlässt man hier einen seelisch Kranken sich selbst, denn besondere Betreuungsanstrengungen können im Stationsalltag nicht beobachtet werden. Vielmehr ist es der klassische Fall schlichter Verwahrung eines hilflosen Menschen.

Tragisch verlief der Fall von Otto: ähnlich wie Franz lebte er in seiner ganz eigenen Welt, schrie oft aus seinem Zellenfenster russische Flüche, da in der Sowjetunion geboren, bevor er nach Deutschland kam. Einem normalen Gespräch war er kaum zugänglich, er schlurfte morgens in die Stationsdusche, danach ging er in den Gruppenraum und klopfte energisch an die beiden Fisch-Aquarien, stellte sich auf die Körperwaage und ging zurück in die Zelle. Tag um Tag, Monat um Monat, Jahr um Jahr. Zuletzt lief er mit abnorm vergrößertem Hoden ohne Unterkleidung über den Flur, hatte geschwollene Beine und erkennbare Entzündungen.

Auch in Ottos Fall konnten die Stationsbewohner keine sonderlichen Betreuungsbemühungen erkennen, obwohl für jedermann ersichtlich war, dass er körperlich wie seelisch schwer erkrankt war. Erst nachdem in Bruchsal Rasmane verhungerte, schien ein Ruck durch den Justizapparat zu gehen. Denn am 02.09.2014 beantragte man, im Wege der einstweiligen Anordnung eine rechtliche Betreuung zu errichten. Mit Telefax vom 04.09.2014 machte Obermedizinalrat T. von

der JVA Freiburg auf die Dringlichkeit erneut aufmerksam. Noch am gleichen Tag erließ das Amtsgericht Freiburg (140 XVII 808/14) eine einstweilige Anordnung, mit welcher Herr F. - als Berufsbetreuer - für die Bereiche Gesundheitsfürsorge und Aufenthaltsbestimmung als Betreuer eingesetzt wurde. Herr F. kam kurz danach auf die Station und erkannte nach einem kurzen Gespräch mit Otto und Inaugenscheinnahme dessen verwahrloster Zelle, dass ärztliche Hilfe unumgänglich sei.

Letztlich kam diese zu spät, denn am 11.11.2014 verstarb Otto im Gefängnis Krankenhaus Hohenasperg bei Stuttgart.

Was zählt das Leben von Gefangenen?

Auffällig an den Todesfällen in letzter Zeit, ob in Bruchsaal oder andernorts, es trifft vielfach jene Insassen, die als besonders 'schwierig' gelten, die oft nicht in der Lage sind, für sich selbst einzustehen. Auch wenn Mitgefangene versuchen sich zu engagieren, in den Fällen von Otto und Franz haben die Stationsbewohner oftmals täglich bei der Anstalt ein Handeln angemahnt, ohne auf Gehör zu stoßen, hilft das im Regelfall herzlich wenig. Der Staat nimmt den Betroffenen die Freiheit, aber anstatt dann seiner Fürsorgepflicht nachzukommen, überlässt das Personal die Inhaftierten sich selbst.

Solange hier kein grundlegender Wandel stattfindet, wird weiterhin mit Todesfällen oder Schicksalen wie dem von Franz gerechnet werden müssen.

Todesermittlungen in Sicherungsverwahrung. Thomas Meyer-Falk

Wie an anderer Stelle schon beschrieben verstarb am 11.11.2014 der Sicherungsverwahrte Karl K. Im Gefängnis Krankenhaus Asperg (bei Stuttgart). In einem mehrmonatigen Ermittlungsverfahren prüfte die Staatsanwaltschaft Stuttgart (Az.: 114 Js 109229/ 14), ob sich im Zusammenhang mit dem Tod von Herrn K. Anstaltspersonal strafbar gemacht haben könnte.

Wer war Karl?

Der aus der Sowjetunion stammende Karl befand sich seit dem 29. November 1997 in Haft und wurde vom Landgericht Stuttgart zu einer langjährigen Freiheitsstrafe mit anschließender Unterbringung in der Sicherungsverwahrung verurteilt, welche seit Juni 2005 in der JVA Freiburg vollstreckt wurde. Einigen Mitverwahrten war Karl noch aus dem vorangegangenen Strafvollzug, denn bis Mai 2005 befand er sich in der JVA Bruchsal, um die Freiheitsstrafe zu verbüßen, bekannt, als sehr gesprächig, durchaus auch mal „illegal“ angesetztem Most zugetan.

Als ich ihn nach meiner eigenen Verlegung in die JVA Freiburg im Juli 2013 persönlich kennen lernte, traf ich auf

einen sich selbst sehr isolierenden Menschen, der kaum noch mit anderen sprach, meist nur vor sich hin brummelte und laut aus dem Fenster schrie, wenn ihn irgendetwas zu stören schien. Gerade das Schreien blieb vielen nachdrücklich in Erinnerung, hatte es doch irgendwie auch etwas verzweifelteres, wenn er russische Flüche und Schimpfworte in den Gefängnishof brüllte. Untergebracht war er auf der „Sicherheitsstation“ der SV-Anstalt; wenn sich Beamte von seiner Art bedroht fühlten, konnte es passieren, dass er für Tage oder Wochen weggeschlossen wurde.

Medizinische Situation aus Sicht der Mitverwahrten

Den Mitverwahrten fiel lange vor Karls Tod dessen zunehmender körperlicher, wie geistigseelischer Verfall auf. Regelmäßig wurden Verwahrte beim Anstaltspersonal vorstellig, schilderten, wie Karl in seiner Zelle vermüllte, mitunter die Notdurft neben das WC verrichtete, sich mit Sanitärreiniger wusch und immer auffälligere Ausschläge, mit Wasser gefüllte Beine und zuletzt mit abnorm vergrößertem Hoden über den Flur schlurfte. Auf persönliche Ansprache reagierte er zunehmend einsilbig, oder auch gar nicht.

Ermittlungsverfahren der STA Stuttgart.

Gegenstand des Ermittlungsverfahrens war der Verdacht, Verantwortliche der JVA Freiburg und des Justizvollzugskrankenhauses könnten sich der fahrlässigen Tötung strafbar gemacht haben. Nach umfangreichen Ermittlungen, u.a. wurde am 13.11.2014 eine Obduktion vorgenommen, sowie am 21.11.2014 die Sachverständige Frau Dr. S. Der Tübinger rechtsmedizinischen Firma GRUS mbH (www.grus-tuebingen.de) mit einem Gutachten zu dem Todesfall beauftragt. Der Auftrag lautete, zu untersuchen, ob der Tod mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hätte verhindert werden können, wenn früher eingegriffen worden wäre.

Gleichzeitig beauftragte die STA Stuttgart die Polizei, Pfleger und Ärzte des Gefängniskrankenhauses zu vernehmen.

Mit Verfügung vom 09.04.2015 stellte Erster Staatsanwalt E. Das Verfahren ein, denn es könne ein „fremdes Verschulden (...) nicht mit einer zur Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit nachgewiesen werden“.

Insbesondere habe Herr K. jegliche Behandlung schon weit im Vorfeld der zum Tode führenden Erkrankung (Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüre, welche zu einer Durchsetzung der Magen-Darm-Wand und schließlich zu einem Durchbruch in die freie Bauchhöhle geführt hatten) verweigert; diese Verweigerungshaltung habe er auch nach der am 05.09.2014 erfolgten, von seinem Betreuer veranlassten Verlegung in das Gefängnis Krankenhaus nicht aufgegeben. Laut Pflegerbericht habe er Medikamenteneinnahme und Wundbehandlung

verweigert.

Sein gesetzlicher Betreuer habe in der polizeilichen Vernehmung angegeben, „für längere Zeit nichts mehr über den Gesundheitszustand des Patienten gehört“ zu haben, auch habe ihn das Gefängnis Krankenhaus nicht über die akute Verschlechterung des Gesundheitszustandes kurz vor dem Tod Karls informiert.

Zwar seien von den behandelnden Ärzten noch am Tag vor Karls Tod umfangreiche Maßnahmen, darunter die sofortige Verlegung in ein externes Krankenhaus vorgeschlagen worden, jedoch sei dies von dem Patienten abgelehnt worden.

Kritische Würdigung

Zwangmaßnahmen sind stets bedenklich und auch kritisch zu hinterfragen, denn zu einem menschenwürdigen Dasein gehört, sich gegen eine (ärztliche) Behandlung entscheiden zu können, die dann auch, insbesondere staatlicherseits, zu respektieren ist.

Dem steht jedoch die besondere Fürsorgepflicht des Staates gegenüber, wenn einem Patienten die Freiheit entzogen ist. Im konkreten Fall gab es einen Beschluss des Amtsgerichts, mit welchem Karl unter die Betreuung eines Berufsbetreuers gestellt wurde. Zudem konnte man die laufende Verschlechterung des Zustandes von Karl, er wohnte nur wenige Meter von meiner eigenen Zelle entfernt, Tag um Tag, über Wochen und Monate, verfolgen, ohne dass ihm geholfen worden wäre seitens der Anstalt. Zumindest nahmen die Mitverwahrten es so wahr. Und gerade weil Gutachter und Amtsgericht zu dem Ergebnis kamen, dass Karl K.

nicht mehr in der Lage war, sein Handeln zu überblicken, weshalb er dann unter Betreuung gestellt wurde, ist zumindest eine moralische Mitverantwortung staatlicher Behörden und MitarbeiterInnen zu bejahen. Denn hätte man nicht erst am 02.09.2014 eine Betreuung beantragt, sondern schon ein halbes oder ein ganzes Jahr früher, vielleicht wäre dann mit entsprechender Betreuung und Motivation Karls Leben nicht schon am 11.11.2014 zu Ende gegangen.

Thomas Meyer-Falk sitzt seit 1996 in verschiedenen Knästen in Deutschland ein. Verurteilt wurde er für einen Banküberfall zur Beschaffung von Geld für linke Strukturen. Er versteht sich als Red and Anarchist Skinhead und berichtet zu verschiedenen Themen aus dem Knast. Seit 2013 sitzt er in Sicherungsverwahrung auf unbekannte Zeit in der JVA Freiburg. Thomas Meyer-Falk, C/o JVA (SV), Hermann-Herder-Str. 8, D-79104 Freiburg

Razzia gegen tschechische Aktivisten_innen.

Veröffentlicht auf linksunten.indymedia.org

Am Dienstag, den 28. April 2015 begann die Anti-Extremismus-Abteilung der tschechischen Polizei eine landesweite Aktion gegen „Extremisten“, die „Operation Fénix“ (Phönix). Es gab mehrere Hausdurchsuchungen, insgesamt sollen sechs Personen angeklagt werden, drei von ihnen sind seit Donnerstag in Haft. Angeblich soll das „Sít‘ revolučníh buněk“ (Netz revolutionärer Zellen) einen Terroranschlag geplant haben und den Behörden zufolge für mindestens fünf Brandanschläge verantwortlich sein. Eine große Anzahl weiterer Aktivist_innen aus verschiedensten Strukturen und Teilen der linken Szene in Tschechien wurde in diesem Zusammenhang von der Polizei verhört. Auch die Verdächtigen, die dem „Netz revolutionärer Zellen“ angehören sollen, stammen aus verschiedenen Zusammenhängen.

Am Dienstag, den 28. April 2015 begann die Anti-Extremismus-Abteilung der tschechischen Polizei eine landesweite Aktion gegen „Extremisten“, die „Operation Fénix“ (Phönix). Es gab mehrere Hausdurchsuchungen, insgesamt sollen sechs Personen angeklagt werden, drei von ihnen sind seit Donnerstag in Haft. Angeblich soll das „Sít‘ revolučníh buněk“ (Netz revolutionärer Zellen) einen Terroranschlag geplant haben und den Behörden zufolge für mindestens fünf Brandanschläge verantwortlich sein. Eine große Anzahl weiterer Aktivist_innen aus verschiedensten Strukturen und Teilen der linken Szene in Tschechien wurde in diesem Zusammenhang

von der Polizei verhört. Auch die Verdächtigen, die dem „Netz revolutionärer Zellen“ angehören sollen, stammen aus verschiedenen Zusammenhängen.

„Es fing mit Brandanschlägen auf eine Mautstelle und (Polizei-)Autos an. Dann begannen die Extremisten, sich auf eine viel größere Aktion systematisch vor zu bereiten:

einen terroristischen Anschlag auf einen Zug. Aber genauso systematisch arbeitete auch ein Elite-Polizeiteam (...) Alles deutet darauf hin, dass es die Razzia am Dienstag war, die den großen Terroranschlag der Extremisten vereitelt hat“ beschrieb die tschechische Tageszeitung „Mladá Fronta Dnes“ den Fall. Eine andere grosse Tageszeitung, die „Lidové noviny“ lieferte weitere angebliche Details zum geplanten „Terroranschlag“: Hierbei soll sich um einen minutiös geplanten Angriff mit Molotov-Cocktails auf einen Güterzug gehandelt haben, konkret wahrscheinlich um einen Transport von Kriegsmaterial.

Den offiziellen Medien zufolge handelt es sich um einen

Sonderfall, der sich mit nichts in der neueren Geschichte der Tschechischen Republik vergleichen lässt. Daher stand in den frühen Morgenstunden des 28. April in mehreren Orten in Tschechien die Polizei vor einigen Türen. Es wurden Dokumente, Handys, Rechner und Server beschlagnahmt. In Brno wurde laut den Verlautbarungen der Behörde in einer WG Sprengstoff gefunden. Genauere Informationen wurden aber nicht bekannt gegeben, stattdessen wurde eine Nachrichtensperre verhängt. Um welche Art von Sprengstoff oder Sprengkörper es sich handelt, lässt sich daher keinesfalls sagen. Durchsucht wurde auch das AZ Atheneo in Most. Am Montag Nachmittag wurde bekannt, dass das Prager Squat „Cibulka“ geräumt wird. Nach Angaben vom Montagabend (04.05.) sollen die Squatter bis Mittwoch, den 06.05.2015 den ehemaligen Hof verlassen. Die Räumung stand zwar schon länger im Raum, ob der Zeitpunkt mit der "Operation Fénix" zusammenhängt, ist zwar bislang nicht geklärt, allerdings behauptet die Polizei Verbindungen zwischen dem Squat und dem angeblichen Terroranschlag. Auch die Beschlagnahmungen betrafen verschiedene Strukturen.



Im folgenden dokumentieren wir die Pressemitteilung eines Zusammenschlusses verschiedener Gruppen aus Prag, die diese am 30. April veröffentlicht haben in deutscher Übersetzung:

Wir sind keine Terroristen

Verhalten der Polizei lässt Zweifel an den Beweggründen für die Operation Fénix aufkommen. Die Polizei hat eine monumentale Vorstellung abgeliefert. Angeblich geht es um ein Netz gefährlicher Terroristen, über die sie aber weiter nichts sagen will. Es ist offensichtlich, dass es hier darum geht, dass die vagen Anschuldigungen im Grunde an der gesamten außerparlamentarischen Linken kleben bleiben sollen, deren Aktivitäten immer größere Unterstützung in der Öffentlichkeit erfahren. In diesem Zusammenhang ist z.B. der Fall des Restaurants Řízkárna zu nennen: hier kämpfen Betroffene und Aktivist_innen weiterhin darum, dass der Eigner seinen ehemaligen Angestellten ihre rechtmäßigen Löhne auszahlt. Oder die Situation rund um das soziale Zentrum Klinika, gegen dessen gewaltsame Räumung sich Tausende Menschen gestellt haben.

Die Verwendung des Begriffes „Terrorismus“ ermöglicht vieles. Vor allem ermöglicht er es, Menschen unter Generalverdacht zu stellen, ohne gezwungen zu sein, irgendwelche Belege vorweisen zu können. Terroristen, das sind jene, die Menschen im großen Stil ermorden. Mit Terroristen wird nicht verhandelt. Gegen sie ist alles

erlaubt. Und wie sagt man so schön, in jeder Lüge steckt ja ein Körnchen Wahrheit. Oder nicht?

Wir beobachten seit langem, wie die Anti-Extremismus-Abteilung diejenigen kriminalisiert und einschüchtert, die sich aktiv in sozialen Bewegungen engagieren. Sie bezeichnet diese Menschen als Extremisten, als „polizeibekannt“, als „schädliche Personen“. Zwar handeln sie nicht gegen das Gesetz, aber dennoch stehen sie unter Beobachtung. Sie werden in die Rolle der „üblichen Verdächtigen“ gedrängt, denen man alles Mögliche vorwerfen kann.

Die „Operation Fénix“ mit ihren für tschechische Verhältnisse monumentalen Ausmaßen und ihren vollkommen vagen, aber dafür umso schwerwiegenderen Anschuldigungen betrachten wir als den bisherigen Höhepunkt der Bemühungen, diejenigen einzuschüchtern, die sich auf verschiedene Weisen für eine bessere Welt engagieren. Als den Versuch, gewaltfreie, gesellschaftlich nützliche Aktivitäten mit schockierenden und sinnlosen Anschuldigungen zu kriminalisieren.

Hier und jetzt möchten wir deswegen noch einmal betonen, dass wir uns nicht einschüchtern lassen. Auch nicht von falschen Anschuldigungen und konstruierten Prozessen.

Prag, den 30. April 2015

Anarchistická federace/Anarchistische Föderation,
Anarchistický festival knihy/Anarchistische Buchmesse
Autonomní sociální centrum Klinika/Autonomes
Soziales Zentrum Klinika, A-kontra/Magazin A-kontra
Anarchistický černý kříž/Anarchist Black Cross
Pražská solidární síť (Solis)/Solidarisches Netz Prag
(Solis), Iniciativa Ne rasismu! Infocentrum
Salé/Infoladen Salé, Food not Bombs Praha

Das tschechische Anarchist Black Cross bittet um Spenden, um die Anwaltskosten für die Beschuldigten tragen zu können:

KONTONUMMER (IBAN): CZ98 0100 0000 0087 6019 0237
BIC / SWIFT CODE: KOMBCZPPXXX (KOMBCZPP)
Verwendungszweck: "antiphoenix"

Schriftliches Interview mit Oliver Rast.

Gefangenen-Info 390, Jan./Febr. 2015

Du wurdest wegen der Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg) verurteilt und hast 2011 deine Haftzeit angetreten. 2013 wurdest du dann vom sog. offenen in den geschlossenen Vollzug aufgrund des laufenden RAZ-Verfahrens verschleppt. Du bist also ein dezidiert "politischer Gefangener". Was hat es für dich bedeutet, in den Knast zu kommen? Persönlich, aber auch für deine politische Aktivität?

Grundsätzlich bedeutet Knast für dich sowie dein enges und mitunter auch weites soziales Umfeld eine tiefe Zäsur. Du bist sprichwörtlich in der Hand des Staates, die dich zu steuern und zu brechen versucht. Du bist mit der Situation konfrontiert, dass du am Endpunkt der staatlichen Repressionskette angelangt bist. Und nichts konnte dagegen faktisch unternommen werden. Das senkt doch deutlich deine Stimmungslage, wenn du aufgrund der Knastumstände zu realisieren hast, dass unsere Gegenkräfte als (radikale) Linke äußerst gering sind, um staatlicher Repression auf allen Feldern wirklich begegnen zu können. Damit geht natürlich ein (fast) vollständiger Autonomieverlust einher. Das kannst du im Knast auch nur ganz schwer wieder ausgleichen. Vor allem dann nicht, wenn du an solidarischen Gefangenenstrukturen wenig bis gar nichts vorfindest, wo du dich einfinden könntest. Kollektive politischer Gefangener sind hierzulande ein Relikt der Vergangenheit. Auch die migrantischen Linken, die in BRD-Knästen einsitzen, agieren ohne kollektiven Background und zumeist individuell. Die rote hilfe international (rhi) ist ein Landesgrenzen überschreitendes Projekt, was zu diesem Status quo einen wichtigen Kontrapunkt setzt.

Hinzu kommt, dass du als Inhaftierter kaum Gestaltungsmöglichkeiten für deine Freund*innen, Kolleg*innen und Genoss*innen draußen hast. Du wirst eigentlich auf das Niveau eines Betreuungsfalles herabgedrückt. Das nervt dich selbst am meisten, weil du doch gewohnt warst, ohne eingleisige Hilfestellungen im sozialen und politischen Leben auszukommen. Die Begleitumstände der Haft wirken sich drastisch auf deine engsten Lieben aus. Du bist aus deren Mitte herausgerissen worden und die Trennung, die im doppelten Sinne zu verstehen ist, ist schmerzlich. Ich denke, dass es oft zu sehr unterschätzt wird und in den Hintergrund gerät, dass insbesondere die Angehörigen den Knast auf ihre spezifische Art mitmachen. Das ist für alle eine Situation der Dauerbelastung, die auch kaum abzumildern ist.

Tja, und was heißt das nun alles für die (politischen) Aktivitäten im Knast? Da habe ich mich infolge der eben notierten Begebenheiten auch eine Zeitlang orientieren müssen. Als Mitglied der traditionsreichen Industrial Workers of the World (IWW), auch "Wobblies" genannt, war für mich ziemlich schnell klar, dass du als politisches Subjekt hinter den Knasttoren deine Identität nicht einfach abgibst. Wobblies haben aufgrund der massiven Kriminalisierung, die sie vor allem in den USA vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg erfahren haben, u. a. eine reichhaltige Erfahrung mit Knast. Hier konnte

ich für mich direkt anknüpfen. Also, ich hatte nach Optionen zu suchen, mein basisgewerkschaftliches und revolutionär-unionistisches Engagement drinnen weiterzuführen; nicht nahtlos, nicht bruchlos, aber dennoch im vorgefundenen Rahmen fortzusetzen.

Hast du anderen Gefangenen gleich von den Gründen deiner Haftzeit erzählt? Wenn nicht, warum nicht?

Nee, ich bin nicht mit meinem "Delikthintergrund" hausieren gegangen. Die, die mich versucht haben, "abzuklopfen", habe ich ein, zwei Stichpunkte genannt, damit einfach nur klar war, dass ich zwar polit-ideologisch etwas merkwürdig tickte, aber sonst mit mir alles in Ordnung ist.

Ich selbst brauchte auch gar nicht viel für meinen "Status" tun. Die Kundgebungen vor dem Knast und die viele Post, die ich erhalten habe, setzten "Zeichen". Das war und ist für dein "standing" im Knast bedeutsam, dass solche Momente der praktisch gewordenen Solidarität aus der (radikalen) Linken kommen. Ich will aber auch hier betonen, dass ich nicht mit dem Etikett als "politischer Gefangener" herumstolz bin. So etwas käme auch nicht gut an, wenn du dich und deine "Knastrolle" hierüber überhöchst. Richtig ist aber auch, dass es aus meiner Sicht nicht per Akklamation möglich ist, real existierende Differenzen unter den Inhaftierten wegzukriegen. Für mich liegt der Weg, um die Differenzierung zwischen sozialen und den sehr, sehr wenigen politischen und rebellischen Gefangenen einzuebrennen, darin, Punkte zu suchen und zu finden, wo mensch hinter Gittern ganz konkret zusammenkommen kann. Diese Kreuzungspunkte gibt es.

Hat es sich im Knast widerspiegelt, dass du aus politischen Gründen sitzt? Sprich: wurdest du anders behandelt im Knast, sei es von den anderen Gefangenen oder den Wärtern? Wenn ja, wie?

Ich saß in der JVA Tegel im sog. Normalvollzug, ich war also sozusagen total integriert. Einer klassischen Isolationshaft, die speziell für politische Gefangene ausgetüftelt wurde, war ich nicht ausgesetzt. Das hätte in anderen Knästen anders aussehen können. Das, was mich allerdings selbst überrascht hat, war, wie ausdifferenziert Knastanlagen geworden sind. Der Tegeler Knast ist ja nicht monolithisch strukturiert. Tegel besteht faktisch aus drei, vier Knästen, die sich auf einem Areal befinden. Und die Isolationshaft des sog. Normalvollzugs in den Absonderungsstationen ist für einige Inhaftierte knallhart und real. Auch das habe ich erst in Tegel richtig begriffen, dass Iso-Haft kein "Privileg" für politische Gefangene ist. Mensch kann es auf die Kurzformel bringen, dass du als politischer Gefangener eher "Respekt" sowohl vom Anstaltspersonal als auch von den Inhaftierten insgesamt erhalten wirst. Das hat wesentlich damit zu tun, dass du über den Support von draußen und eine relativ sensible Öffentlichkeit verfügst. Dinge, die sonst keiner und keine drinnen hat. Das bedeutet natürlich auch einen Schutzfaktor, mit dem du bewusst arbeiten musst, um dir den größtmöglichen Freiraum im Loch zu verschaffen. Aber auch hier kann es unter Umständen gravierende Unterschiede von Knast zu Knast geben.



Du hast dann über die letzten Monate hinweg die Gefangenengewerkschaft mit aufgebaut, die sich mittlerweile zur bundesweiten Organisation entwickelt hat. Es gibt ja ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen der sozialreformerischen Ausrichtung der GG/BO und einem revolutionären Anspruch. Ist das nur ein theoretisches oder auch ein ganz praktisches Problem für dich gewesen?

Etwas ketzerisch würde ich jetzt sagen, was sollen die Gefangenen mit einem revolutionären Anspruch, wenn durch Sozialreformen hinter Gittern handfeste Verbesserungen erzielt werden können? Vom Anspruch allein bessert sich die materielle Lage der Inhaftierten keinen Deut, nur durch die reale Hebung des ökonomischen Status. Und die kann in der Mikrowelt Knast aufgrund der relativen Bewegungslosigkeit und absoluten Bedeutungslosigkeit der radikalen Linken nur über den Hebel der Angleichung der sozialrechtlichen Standards, die dieser Klassenstaat (noch) bereithält, zwischen drinnen und draußen stattfinden. Ich kenne im Moment und vermutlich auf Sicht keinen Ausweg aus diesem (vermeintlichen) Dilemma. Als notorisch Linksradikaler praktiziere ich eine sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik und propagiere liberale Sozialreformen. Mitunter verspüre ich eine Art innere Zerreißprobe – richtig; aber ich kann hier mit keinem Maximalismus auftreten. Die Wirklichkeit diktiert das Konzept: Grundlage ist unser formuliertes Minimalprogramm – als Ausgangspunkt für Weiteres auf dem steinigem Weg zur Durchsetzung der vollen Gewerkschaftsrechte im Knast...

Um die GG/BO aufzubauen, brauchtest Du ja bereits Kontakte in andere Knäste. Wie hast Du das geschafft

und wie konnte eine solche Vernetzung unter den restriktiven Bedingungen entstehen?

Na, so ganz verstehe ich die Frage gerade aus eurem Munde nicht. So gering die Auflage des GI im Verhältnis zu früher sein mag, so bedeutungslos unser Herumwurschteln derzeit ist, zumindest bildet das GI seit 25 Jahren ein Forum für in der Regel politische und rebellische Gefangene. Mensch entdeckt und kontaktiert sich u. a. übers GI. Die Kollegen Moussa Schmitz in Willich und Andreas Krebs – als er in Aschaffenburg saß – haben sich sofort eingeklinkt und in ihren Hafthäusern ordentlich Wirbel veranstaltet. Wären die beiden nicht gewesen, ich weiß nicht, ob mein Kollege Mehmet Aykol und ich eine bundesweite Ausdehnung von Tegel aus auf dem Schirm gehabt hätten. Ich glaube, dass es nicht hoch genug eingeschätzt wird: diese Kollegen und die (wenigen) anderen offensiv Renitenten hinter Gittern haben sich über etliche Jahre in den Kerkern dieser Republik aufgerieben, um zu dokumentieren: es geht auch ohne jegliches Arschkriechen; klar, leicht ist es nicht und der

Endstrafentermin ist dir garantiert.

Für uns als Antirepressionsstruktur ist natürlich die Frage der Soli-Arbeit eine sehr elementare. Du hast ja vor deiner Haftzeit auch viel zu Gefangenen gearbeitet und Soli-Arbeit gemacht, du kennst also sowohl die Situation inner- als auch außerhalb der Knastmauern. Wie hast du die Solidarität von draußen erfahren? Wo siehst du Mängel, Nachholbedarf, aber natürlich auch Positives?

Ja, das ist richtig. Ich kenne sozusagen beide Seiten, Solidarität zu üben und Solidarität zu erfahren. Das macht die Sache vielleicht auch erst rund. (Wobei das kein Plädoyer dafür sein soll, einzufahren, um als Solidarischer auch mal in die Gunst einer Soli-Arbeit zu gelangen!). Wir können das wiederum auf eine Kurzformel bringen: ohne die solidarische Hilfe, die sich konkret im postalischen Austausch, in der Beschaffung von Anwaltskontakten, in der materiellen Unterstützung (z.B. Auffüllung des Knast-Kontos), in Knast-Besuchen, in der Vorbereitung und Durchführung von Kundgebungen vor den Anstaltstoren, in einer allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit (Homepage, Pressekontakte herstellen...) etc. ausdrückt, wäre mensch als politischer Aktivist innerhalb des Knast-Areals von der Außenwelt sprichwörtlich abgeschnitten. So lässt sich ein solidarisches Band knüpfen ...

(Anti-)Knastarbeit und Solidarität mit (politischen) Gefangenen war und ist immer, wenn sie relative Erfolge vermelden konnten, ein Ausdruck einer recht breiten Bündnispolitik. Und diese reichte in der Regel von liberal bis linksradikal, von christlich-sozial bis konfessionslos-freidenkerisch.

Dieser "Einheitsfrontgedanke" in der Gefangenenfrage kann ein Ansatz sein, um aus der Begrenztheit, die die eigene polit-ideologische Positionierung mit sich bringt, auszurechnen. Und was ich hier anmerke, ist für einen Räte-Kommunisten wie mich regelrechtes Gift. Eine „lupenreine“ Klassenposition wird hierdurch natürlich völlig verwischt, wenn mensch sich auf einen (aller-)kleinsten Nenner zu verständigen versucht. Da wäre ich schon wieder bei den auszuhaltenden Widersprüchen – unschön, ständig mit Ambivalenzen zu schaffen zu haben...

Wie kann das solidarische Band drinnen und draußen enger geknüpft werden? Welche Rolle spielen dabei Antirepressionsstrukturen oder müssten diese spielen?

Ich kann hier natürlich auch keine Handlungsanleitung vorlegen, dafür habe ich in den letzten Jahren zu häufig erfahren müssen, dass sich Dinge doch ziemlich konträr zu meinen (theoretischen) Annahmen entwickelten. Das vorneweg. Aber um zumindest einige Stichpunkte zu nennen, denke ich, dass es, um abstrakt anzufangen,

darum gehen muss, „Bindemittel“ zu suchen und zu finden. Ich will hierbei die Gewerkschaftsfrage mit der staatlichen und betrieblichen Repressionsfrage zusammenschneiden. Nach meinem Eindruck wird dieses Interventionsfeld nach erst langsam (wieder) in unseren Zusammenhängen vermehrt registriert. D.h., dass Arbeitskämpfe und soziale Auseinandersetzungen, die krisenbedingt stärker oder schwächer ausfallen, von Antirepressions- und Solidaritätsstrukturen stärker in den Blick zu nehmen sind. Ob nun vor oder hinter Gittern. Das wäre eine Grundvoraussetzung, um überhaupt solidarische Knotenpunkte auf diesem Gebiet finden zu können. Und die staatlich sanktionierte Billiglöhnerie in den Knastbetrieben und externen Unternehmen, die in den Anstalten produzieren lassen, bieten doch ein hervorragendes Einfallstor für eine „Skandalisierung“. Ich habe weiter oben bereits das „Aufgabenfeld“ von Antirepressionsstrukturen skizziert. Das ist alles nicht sonderlich originell, aber für die Einsitzenden essentiell und konkret! Und wenn das alles aus den Strukturen heraus an Aufwand aufgebracht werden kann, ist das verdammt viel.

Ich will noch einen zentralen Punkt abschließend festhalten: Für den Moment halte ich das, was die GG/BO inhaltlich formuliert, praktisch bewerkstelligt und in der Summe organisatorisch aufzubauen versucht, für das Maximum. Die Gegenseite aus Justizministerien und Vollzugsbehörden, die uns am Fortgang der Durchsetzung der vollen Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern hindert bzw. hindern will, ist bedauerlicherweise mehr als nur ein Papiertiger. Ich bin auch persönlich am absoluten Limit, denn wir haben es bei der GG/BO um kein Kiezgrüppchen von unter fünf Leuten zu tun, sondern mit einem Verbund, der mehrere Hundert Menschen umfasst. Das Quantitative wäre möglicherweise noch nicht das Problem; das Problem sind die knastspezifischen Barrieren, die es zu überwinden gilt. Versuch' mal, in der Unfreiheit des Knastes Freiraum zu schaffen – und zu halten! Wir als GG/BO versuchen genau das ...

Mai 2015: 6. Update – Nichtfreilassung. Marco Camenisch, Bostadel

Forensisch-psychologische Einschätzung: „Haftlockerungen“/ „Resozialisierung“ jain... aber nur wenn...

Wie nach Rote-Hilfen-Info hat das Bundesgericht Ende 2014 die ein Jahr zuvor eingereichte Beschwerde gegen die vom Amt für Justizvollzug (AJV) ZH nicht gewährte bedingte Freilassung abgelehnt aber

immerhin den Beginn einer „Resozialisierung“ bzw. von „Vollzugslockerungen“ hinsichtlich des bevorstehenden Strafendes im Mai 2018 angemahnt. Mein Rechtsvertreter forderte den „Fallverantwortlichen“ des AJVs auf, sich zur Folgeleistung (oder nicht) dieser Mahnung (und der gleichlautenden Meinung zweier Gefängnisse) zu äussern. Der Verantwortliche erklärte, man müsse wohl mal in diesem Sinne vorgehen, aber zuerst eine (nicht unbedingt bindende) sogenannte ROS-Abklärung (*Risikoorientierter Strafvollzug*) der Abteilung für forensisch-psychologische Abklärung der Bewährungs- und Vollzugsdienste des Amtes einholen.

In einer grenzenlos risikofreudig gemachten Katastrophengesellschaft(!) gehört die ROS-Abklärung zu einem „potenzierten“ Kontroll- und Einschätzungsmodus („Dreiaugenprinzip“) im AJV-ZH zu „Lockerungen“ und Freilassungen für „gefährliche Klienten“, der vom Kanton ZH eingeführt und bis jetzt von weiteren drei Kantonen nachgeöffnet wurde.

Ende April 2015 (schon fast olympiaverdächtig...) ist die „Abklärung“ von ganzen 24 Seiten, die hier beiliegen und jedenfalls öffentlich zugänglich gemacht werden, mit der Ankündigung eingegangen, „Die konkrete weitere Vollzugsplanung werden wir Ihnen ca. Mitte Mai 2015 mitteilen.“. Zu dieser „konkreten Planung“ könnte eine (baldige) „Anhörung“ des betreffenden „Klienten“ gehören.

Also hat das Mäuslein bzw. eine forensisch-psychologische „Sachbearbeiterin“ auf Aktengrundlage einen „wissenschaftlichen“ Berg namens *Standardisiertes Risk-Assesment* mit Obszönitäten wie 1) *PCL-R (Psychopathy Checklist-Revised; Hare, 2003)*, 2) *VRAG (Violence Risk Appraisal Guide; Harris et al., 1993)* und 3) *Fotres (Urbaniok, 2006)* geboren.

Fotres ist ein pseudowissenschaftlicher computerisierter Katalog mit tausenden anzukreuzenden Kästchen zur „Berechnung“, in bester Lomboso- oder Bleuler- Tradition, von Dingen wie etwa

„Gefährlichkeit“ oder „Rückfallgefahr“. Der Katalog wurde vom deutschen forensischen Psychiater und Chef des psychiatrisch-psychologischen Dienstes (PPD) des AJV-ZH ausgearbeitet und wird von ihm und seiner AJV-PPD-Bande et al. angewendet und mit natürlich privaten „kollateralen“ Millionengewinnen international verhandelt. Urbaniok ist in Deutschland vorbestraft und ein fanatischer forensischer mit der Pharmaindustrie eng verbundener „Gutachter/Therapeut“, der mit demselben sektiererischen

Fanatismus seiner politischen Seilschaft im Kanton und



Land eine immer massivere Anwendung von Verwahrungen auf unbestimmte Zeit produziert und heiss befürwortet.

Die „Sachbearbeiterin“ zieht aus diesem Sammelsurium an Punktzahlen, standardisierten „Erhebungen“ und mit Lügen, Verfälschungen, Verdrängungen und Unterstellungen gespickten Akten unter Einverständnis ihres Abteilungsleiters, ein Rechtspsychologe FSP/SGRP und Forensischer Prognostiker IOT (wow!), u.a. die folgenden so realitätsfremden und linientreuen wie äusserst widerwärtigen „Schlüsse“, „Empfehlungen“ und „Voraussetzungen“ für „Vollzugslockerungen“ und eine „Resozialisierung“.

Als hätten sich in etwa AKWs und das ganze technologisch-wissenschaftliche totalitäre Klassensystem inzwischen sowieso als Jungbrunnen z.B. der gerechten Verteilung des „Reichtums“, der Friedens- und Arterhaltung und des Lebens auf dem Planeten erwiesen... steht, klar doch, wieder einmal meine „deliktfördernde Weltanschauung“ im Vordergrund, was zur weiteren sozialpolitischen Diffamierung und Entpolitisierung mit den in totalitären Systemen üblichen Prisen an „spezifischer Psychopathologie“, „Persönlichkeitsstörung“, „Dissozialität“ und ähnlich pseudowissenschaftlichem Schwachsinn gewürzt wird.

Natürlich wäre eine politische Distanzierung „erwünscht“. Was im inquisitorischen Klartext eine totale Unterwerfung unter den aktuell herrschenden staatlisch-kapitalistischen Totalitarismus und die bedingungslose Konvertierung zu seinem so mächtigen wie illusorischen Einheitsdenken heisst. Oder, konkreter, die Verleugnung der historischen und aktuellen okzidentalen Realität und ihrer allumfassenden Krise, die Verleugnung meiner selbst, meines gesamten Seins und damit auch Aller, die wie ich dem Totalitarismus, seinem Einheitsdenken, seiner katastrophal mörderischen und gewalttätigen Ideologie und Praxis ernsthafte politische Analysen, Widerstände und Strategien zu dessen dringlichster Überwindung entgegenzustellen versuchen. Eine Überwindung, die nichts weniger als eine Überlebensfrage für die Menschheit ist.

Als „zwingende Voraussetzung“ betrachtet man weiter Kontrollen, die Bereitschaft, an Kontrollen mitzuwirken und, unglaublich gescheit und logisch formuliert(!), „eine glaubhafte Verdeutlichung“, dass der „Klient“ „von möglichen kriminellen Handlungen sowohl aktiv-durchführend als auch passiv-planend und unterstützend ablässt“. „Unterstützend“? Gleich Maulkorb.

Inklusive, und hier bricht die dummdreiste und krankhafte Paranoia der verunsicherten Macht in klarster und grausamster Art und Weise ans Licht der Sonne, ein Kontaktverbot mit „entsprechend gefährdender Gesellschaft“.

Diese so lächerlich obskur wie willkürlich „formulierte“ Forderung heisst in der realen Konsequenz (und erst noch in weit fortgeschrittenem Lebensalter) **das soziale und existentielle Todesurteil durch den praktisch totalen Bruch mit dem gesamten langjährig eigenen Lebens-Umfeld, durch den Bruch vor allem mit allen wichtigen, nächsten und geliebten Menschen!**

Als Spitze der Verhöhnung fordert diese ach so lebenserfahrene, unideologische, soziale und natürlich äusserst mutige Akademikerbande von ihrem steuergeldgemästeten Elfenbeinturm herab abschliessend den „Aufbau eines neuen sozialen Umfeldes“ (echt!).

Sprachlos? Sicher nicht. Denn: solange sie straflos und an der Macht bleiben, werden sie auch wüten. Bis zum Aussterben der Spezies!